

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

<b>Federführender Fachbereich</b> <b>5 - Jugend und Soziales</b>		<b>Drucksachen-Nr.</b> <b>749/2000</b>
		<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
		<input type="checkbox"/> <b>Nicht öffentlich</b>
<b>Beschlussvorlage</b>		
<b>Beratungsfolge</b> ▼	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Art der Behandlung</b> (Beratung, Entscheidung)
<b>Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)</b>	<b>16.11.2000</b>	<b>Entscheidung</b>
<b>Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	<b>21.11.2000</b>	<b>Entscheidung</b>

<p><b>Tagesordnungspunkt</b></p> <p><b>Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.2000 zum Förderprogramm "Kommunen gegen Rechts-extremismus"</b></p>
--

## **Beschlussvorschlag**

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nehmen das Grobkonzept der Verwaltung des Jugendamtes zur Verwendung der Mittel aus dem Förderprogramm „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ zustimmend zur Kenntnis.

## **Sachdarstellung / Begründung**

Der Antrag der SPD-Fraktion, der in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.09.2000 gestellt wurde, ist als Anlage beigelegt. Am 15. August 2000 beschloss die Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Am 22. August verabschiedeten die Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag einen Antrag mit dem Titel „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“.

In einem Schreiben vom 20.09.2000 teilte der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik mit, dass insgesamt 21,1 Mio. DM aus Mitteln des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Förderprogramm des Landes NRW „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ zur Verfügung stehen.

Dem Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 29.09.2000 ist zu entnehmen, dass der Stadt Bergisch Gladbach aus dem Förderprogramm des Landes

**106.721,00 DM**

zugewendet werden.

Der Kabinettsbeschluss, der Antrag „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage“, das Schreiben des Innenministers sowie der Bescheid der Bezirksregierung liegen als Anlage bei.

Zentrales Anliegen der Projekte und Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus ist die Unterstützung einer nachhaltigen, die Menschenwürde fördernden, sozial gerechten und ausgewogenen Jugend-, Bildungs- und öffentlichen Informationsarbeit.

Über das organisatorische Verfahren, insbesondere über die Aufteilung der Mittel, entscheiden die Städte, Gemeinden und Kreise im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich.

Als zeitlicher Rahmen für die Verwendung der Mittel gilt der Tag der Bewilligung (29.09.2000) bis zum 31.12.2001.

Der genannte zeitliche Rahmen soll schnelles Handeln ermöglichen, aber auch ausreichende Zeit für die Planung und Durchführung überzeugender Initiativen, Maßnahmen und Projekte lassen.

### **Bereits geplante Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach:**

Mitte August 2000 begannen Gespräche zwischen der Verwaltung des Jugendamtes und den Offenen Jugendeinrichtungen mit dem Ziel, vielfältige Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit anzustoßen. Bei drei Einrichtungen bestanden bereits Planungen bzw. wurde der Anstoß schnell und konkret aufgenommen:

- **Q1 Jugend- Kulturzentrum und die Bezirksschülervertretung:**

Das Q1 plant mit der Bezirksschülervertretung eine Veranstaltungsreihe gegen Rechtsextremismus. Hierbei wird besonderer Wert darauf gelegt, über einen langen Zeitraum hinweg vielfältige Aktionen durchzuführen, um durch verschiedene Zugänge eine nachhaltige Auseinandersetzung zu ermöglichen. Die große Palette an Aktivitäten umfasst Formen wie Zeitzeugengespräche, Infostände, Mahnwachen, einen Band-Wettbewerb (ggfs. mit CD-Produktion), ein Konzert „Rock gegen Rechts“, Plakataktionen, Podiumsdiskussionen, eine Internetseite, Video-

clips, Kleinkunstaktionen und vieles mehr. Eine Zusammenfassung der derzeitigen Q1-Planung liegt als Anlage bei.

- **Kreativitätsschule**

Die Krea will auf der Basis des Forumtheaters nach A. Boal mit einer Gruppe von Jugendlichen Szenen zur Problematik von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entwickeln, die das Publikum zur Auseinandersetzung und zum Mitmachen (Einmischen) auffordern sollen. Es besteht die Absprache, diese Aktion in die Veranstaltungsreihe von Q1 und Bezirksschülervertretung zu integrieren. (s. Anlage)

- **Städtisches Jugendzentrum UFO Bensberg**

Das Projekt des UFO lautet „Die Rechten in Deutschland – früher und heute“. Zielgruppe sind Jugendliche im Alter von 15 – 20 Jahren. Es enthält ebenfalls unterschiedliche Zugänge zum Thema: Vorführung des Films „Schindlers Liste“ und Diskussion mit sachkundigen Referenten; eine Fahrt nach Weimar und Buchenwald für 20 Jugendliche mit Führung durch die KZ-Gedenkstätte Buchenwald, Diskussionsforum in der Jugendbegegnungsstätte Weimar sowie eine „Rückgrat-Party“ im UFO in Bensberg, deren Erlös einer Menschenrechtsorganisation gespendet wird. (Anlage)

Darüber hinaus sind nach Einschätzung der Verwaltung des Jugendamtes eine Vielzahl von Aktionen der Offenen und Verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit denkbar. Konkrete Gespräche und Planungen finden derzeit statt.

### **Notwendige Planungsgespräche:**

Auf Initiative des Fachbereichs 5 fand in der 45. Kalenderwoche ein Gespräch mit dem Ziel statt, die Ideen und Aktivitäten verschiedener wichtiger Ansprechpartnerinnen, Ansprechpartner und Institutionen zusammenzufassen und abzustimmen. Zu diesem Gespräch wurden eingeladen:

- der Ausländerbeirat
- der Fachbereich 4 – Bildung, Schule, Kultur und Sport mit Volkshochschule, Stadtbücherei
- das Stadtarchiv und Museum
- der Seniorenbeirat
- die Grund- und weiterführenden Schulen, Freie Waldorfschule, Wilhelm-Wagener-Schule
- Vertreter/innen der Verbandlichen und Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Stadtsporverband
- Regionet e.V.
- Migrationsdienst der Caritas

Über die Ergebnisse dieses Gespräches wird in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) berichtet.

### **Bereits bestehende Überlegungen im Fachbereich:**

Ohne dem o.g. Gesprächstermin vorgreifen zu wollen, möchte der Fachbereich Jugend und Soziales bereits bestehende Aktivitäten z.B. des Ausländerbeirats, des Seniorenbeirats, der Verbandlichen und Offenen Kinder- und Jugendarbeit unterstützen. Hier könnten z.B.

- Zeitzeugengespräche mit Kindern und Jugendlichen und deren Dokumentation (siehe Anregung von Herrn Wolfgang Kondruss v. 21.09.2000)
- Gemeinsame Aktivitäten von deutschen und ausländischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im interkulturellen Bereich

- Spurensuche an Bergisch Gladbacher Stätten, die während des Faschismus eine besondere Bedeutung hatten
- Zusammenarbeit mit dem Migrationsdienst des Caritasverbandes (Antidiskriminierungsfachkraft) und vieles andere zählen.

Im Bereich der **Fortbildung** ist daran gedacht, gemeinsam mit Kooperationspartnern Seminare zur interkulturellen Sozialisation zu entwickeln. Beispiele könnten u.a. sein:

- „Arbeit mit muslimischen Kindern und Jugendlichen“ (Zielgruppe Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendhilfe)
- „Interkulturelle Erziehung in Kindertagesstätten“ (Zielgruppe KITA-Mitarbeiter/innen)
- „Familie und Erziehung in muslimischen Familien“ (Zielgruppe Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendhilfe)
- „Kinder- und Jugendliche aus Spätaussiedlerfamilien“ (Zielgruppe Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendhilfe)
- „Jugendarbeit und interreligiöser Dialog“ (Zielgruppe Kinder- und Jugendarbeit)
- Seminare zur Gewaltprävention in Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen etc.

## **Medien**

Eine herausragende Bedeutung kommt bei allen Aktivitäten den örtlichen Medien zu. Eine nachhaltige Begleitung durch entsprechende Veröffentlichungen würde die Arbeit der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure verstärken und multiplizieren.

## **Ausblick**

Nach Abschluss der Kooperationsgespräche wird die Verwaltung zur ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport im Jahr 2001 eine Planung zur Verwendung der Mittel aus dem Förderprogramm „Kommunen gegen Rechts“ vorlegen. Soweit erforderlich, soll es - losgelöst von der Behandlung der Angelegenheit in der Januarsitzung 2001 - möglich sein, bereits in 2000 Projekte finanziell zu unterstützen.